



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Übertrittsverfahren an die weiterführenden Schulen so zu verändern, dass in den 3. und 4. Klassen der Grundschulen endlich wieder die Pädagogik und nicht die verzweifelte Jagd nach den sehr guten und guten Noten im Vordergrund stehen, die letztendlich über den Übertritt in die weiterführenden Schulen entscheiden. Wertschätzende Entwicklungsgespräche und intensive, individuelle Beratung der Eltern müssen die Bewertung nach Ziffernnoten, die Fülle der Leistungsnachweise und am Ende den zu erreichenden Notendurchschnitt eines Zeugnisses ersetzen.

Begründung:

Im Mai 2019 werden wie jedes Jahr die Übertrittszeugnisse ausgereicht. Eine Studie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg zeigte zuletzt auf, dass fast jeder zweite bayerische Dritt- und Viertklässler erhöhte Stresswerte aufweist, weil die Ausgabe der Übertrittszeugnisse Anfang Mai das Lernen entscheidend dominiert. Das Feilschen um die Zehntelnote für die Notenschnitte 2,33 (Übertritt aufs Gymnasium) bzw. 2,66 (für Realschule) ist eine u. E. unerträgliche Entwicklung. In den vierten Grundschulklassen bestimmt bereits seit Schuljahresbeginn eine Flut von Prüfungen den Alltag. Das Verfahren stresst die Kinder genauso wie Eltern und Lehrkräfte über Monate. Statt Förderung steht Überprüfung im Fokus des Handelns von Lehrkräften, die sich immer auch vor Klagen von Eltern schützen müssen, die mit einzelnen Noten in einzelnen Prüfungen oder Fächern nicht einverstanden sind. Dieses Verfahren ist unpädagogisch und kinderfeindlich und muss dringend verändert werden. Insbesondere auch deshalb, weil die genannte Studie des Lehrstuhls für Empirische Bildungsforschung deutlich macht, dass „die Grundschul Kinder in Bayern, die an der Notenschwelle zwischen Mittel- und Realschulempfehlung liegen, eine erhebliche Risikogruppe darstellen“. Die Studie, die sich auf eine schriftliche Befragung von 1.620 Eltern aus den Bundesländern Bayern und Hessen bezieht, kommt weiter zu dem Schluss, dass „Eltern durch überzogene und unrealistische Bildungserwartungen die Stressbelastung für ihre Kinder nochmals erhöhen und hierdurch zur Gefährdung ihrer Kinder beitragen“. Die Studie fordert eindeutig, dass „Beratungsmodelle gegenüber Zuweisungsmodellen beim Schülerübertritt mit Nachdruck zu bevorzugen sind“. Der beschriebenen Entwicklung muss die Staatsregierung dringend gegensteuern und Sofortmaßnahmen ergreifen, um die Situation an den Grundschulen zu entspannen.